

16.09.96**Empfehlungen**
der Ausschüsse**K**zu **Punkt** der 702. Sitzung des Bundesrates am 27. September 1996

Bundesbericht Forschung 1996

Der Ausschuß für Kulturfragen

empfiehlt dem Bundesrat, zu dem Bericht wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat begrüßt die Vorlage des Bundesberichts Forschung 1996. Der turnusmäßig erstellte Bericht bildet eine unentbehrliche und umfassende Informationsgrundlage für den gesamten Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland.
2. Der Bundesrat erkennt an, daß der Bericht mit den neu gestalteten Überblicksseiten und den zusätzlichen Graphiken sowie den textlichen Hervorhebungen an Lesbarkeit gewonnen hat. Der Bundesrat bedauert jedoch, daß die Darstellung der öffentlich finanzierten Forschungsinfrastruktur durch die Neufassung von Teil I des Berichtes an Übersichtlichkeit und Informationsgehalt verloren hat.
3. Der Bundesrat begrüßt die den Ländern von der Bundesregierung im vorliegenden Bericht erneut eingeräumte Möglichkeit, in einem gesonderten Teil ihre jeweilige Forschungs- und Technologiepolitik eigenverantwortlich darzustellen. Er muß allerdings feststellen, daß die besonderen Anstrengungen, die die Länder in den vergangenen Jahren in der Wissenschafts- und Forschungsförderung unternommen haben, nicht ausreichend gewürdigt und dargestellt werden. Vielfach wird in dem Bericht allein der Bund genannt, obgleich die

Ausgeliefert am 17. SEP. 1996

(noch Ziff. 3)

Länder die entsprechenden Maßnahmen gleichfalls mittragen und mitfinanzieren. Der Bundesrat weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Länder mit 62,4 % den überwiegenden Teil der öffentlichen Wissenschaftsausgaben tragen und ihren Beitrag zur Finanzierung von Wissenschaft und Forschung in den vergangenen Jahren überproportional ausgeweitet haben. 1981 belief sich der entsprechende Anteil der Länder erst auf 55,8 %.

4. Der Bundesrat hat bereits anläßlich der Vorlage des Bundesberichtes Forschung 1993 mit Sorge auf den relativen Rückgang der FuE-Aufwendungen in der Bundesrepublik hingewiesen. Diese negative Entwicklung hat sich in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts verstärkt. 1995 lag der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik nur noch bei 2,28 %, während es 1989 noch 2,87 % waren. Deutschland ist damit unter den OECD-Staaten auf den sechsten Platz zurückgefallen.
5. Der Bundesrat teilt die Auffassung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, daß der relative Rückgang der FuE-Aufwendungen in Deutschland ein Alarmsignal ist. Der Bundesrat stellt fest, daß der Bund zu dieser negativen Entwicklung erheblich beigetragen hat. Gegenüber 1981 stiegen die FuE-Ausgaben des Bundes nur um 62,3 %, jene der Länder und der Wirtschaft aber um 118,3 % bzw. 121,4 %. Seit 1992 sind die FuE-Ausgaben des Bundes sogar kontinuierlich gesunken, während jene der Wirtschaft mit einem Zuwachs von nur 2,0 % praktisch stagnieren. Die Länder haben demgegenüber ihre FuE-Ausgaben mit 16,9 % nochmals beträchtlich gesteigert. Die erheblichen finanziellen Anstrengungen der Länder können die zurückgehenden FuE-Aufwendungen des Bundes und die stagnierenden FuE-Ausgaben des Wirtschaftssektors jedoch nicht kompensieren.
6. Der Bundesrat sieht mit großer Sorge, daß die Bundesregierung auch in den kommenden Jahren die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung weiter zurückfahren will. Allein im Einzelplan 30 sollen die Ausgaben 1997 um 4,5 % oder um 700 Mio. DM gegenüber dem laufenden Jahr gekürzt werden.

(noch Ziff. 6)

Diese Entwicklung steht in klarem Widerspruch zu der Aussage der Bundesregierung im Bundesbericht Forschung, daß Forschung und Entwicklung ins Zentrum ihrer Politik rücken und die Investitionen in Forschung und Entwicklung erhöht werden sollten. Der Bundesrat hält es vielmehr für dringend geboten, daß auch der Bund seine FuE-Ausgaben wieder steigert.

7. Der Bundesrat mußte bereits bei der Vorlage des Bundesberichtes Forschung 1993 feststellen, daß der Bundesanteil an der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern zurückging. Diese Tendenz hat sich in den vergangenen Jahren fortgesetzt. 1996 beläuft sich der Bundesanteil nur noch auf 68,5 % gegenüber noch 72,3 % im Jahr 1990. Der Bundesrat bleibt bei seiner Auffassung, daß ein stärkeres Engagement des Bundes in der gemeinsamen Forschungsförderung dringend erforderlich ist.
8. Der Bundesrat nimmt die von der Bundesregierung im Bundesbericht Forschung 1996 benannten "Koordinaten und Ziele der Forschungs- und Technologiepolitik" zur Kenntnis. Er stellt fest, daß die tatsächliche Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung den selbst gesetzten Zielen teilweise jedoch zuwiderläuft.
9. Zu Recht betont die Bundesregierung das hohe Innovationspotential der Spitzentechnologien. Tatsächlich aber ist der Anteil der Technologie- und Innovationsförderung an den FuE-Ausgaben seit 1982 von 52,1 % auf 40,2 % gesunken. In absoluten Beträgen liegt der Haushaltsansatz für 1996 um 5 % unter dem Haushalts-Ist von 1992. Dem Haushaltsentwurf des BMBF für 1997 zufolge müssen wesentliche Zukunftsfelder wie die Materialforschung, die Informationstechnik, die Umwelttechnik oder die Erneuerbaren Energien mit einer Kürzung der Projektfördermittel zwischen 8,7 % und 18,8 % gegenüber dem laufenden Jahr rechnen.
10. Mehrfach stellt die Bundesregierung in dem Bericht die Bedeutung der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft heraus. Hieraus ergebe sich u.a. die Notwendigkeit zur Stärkung der Projektförderung. Tatsächlich aber hält die

...

(noch Ziff. 10)

Umschichtung der FuE-Ausgaben in die institutionelle Förderung an, während der Anteil der Projektförderung seit 1991 von 50,8 % auf 46,0 % gesunken ist. Im gleichen Zeitraum wurden die Projektmittel um 5,8 % gekürzt. Mit der wachsenden Unterfinanzierung der Projektförderung und der langfristigen Bindung der Mittel durch die institutionelle Förderung werden die forschungspolitischen Handlungsspielräume zunehmend enger. Diese Schwerpunktsetzung des Bundes hat zu dem Fadenriß zwischen Grundlagenforschung und industrieller Anwendung beigetragen. Sie erschwert im übrigen eine flexible Anpassung an neue Herausforderungen.

11. Die Bundesregierung spricht sich in dem vorliegenden Bericht für eine Stärkung und Vernetzung der Forschungslandschaft aus. Der Bundesrat sieht den Aussagewert der entsprechenden Äußerungen allerdings dadurch gemindert, daß der zuständige Bundesminister wenige Wochen nach Erscheinen des Bundesberichts Forschung, am 24. Juli 1996, "Leitlinien zur strategischen Orientierung der deutschen Forschungslandschaft" bekannt gibt, die manche Perspektiven und Informationen des Berichtes zumindest entwerten oder fragwürdig machen. Der Bundesrat sieht im übrigen in diesen Leitlinien keine Vorgaben, sondern lediglich einen vorab veröffentlichten Diskussionsbeitrag des Bundes zu dem weitgehend bewährten System der gemeinsamen Forschungsförderung. Der Bundesrat erwartet, daß die Länder künftig wieder enger in die Analyse der gemeinsamen Forschungsförderung und die Erstellung von Handlungsempfehlungen und Vorschlägen in diesem Bereich eingebunden werden. Die Länder sind grundsätzlich bereit, die deutsche Forschungslandschaft gemeinsam mit dem Bund konstruktiv weiterzuentwickeln.
12. Der Bundesbericht Forschung hebt die Schlüsselrolle der Hochschulen für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Leistungs- und Innovationsfähigkeit Deutschlands hervor. Die Bundesregierung kündigt zugleich eine Stärkung der Hochschulforschung und eine Reform der Hochschulstrukturen an. Der Bundesrat weist darauf hin, daß die Länder die Hochschulreform in den vergangenen Jahren mit Nachdruck vorangetrieben haben. Voraussetzung für eine nachhaltige Stärkung der Hochschulen bleibt jedoch eine Verbesserung der Finanzausstattung der Hochschulen. Der Bundesrat stellt fest,

(noch Ziff. 12)

daß der Bund sich in immer geringerem Umfang an der Finanzierung der Hochschulen beteiligt. Brachte der Bund 1970 noch 14,3 % der Hochschulausgaben auf, waren es 1994 nur noch 5,3 %. Diese Entwicklung setzt sich der neuen Finanzplanung des Bundes zufolge auch in den kommenden Jahren mit einer Kürzung der Bundesausgaben für den Hochschulbau sowie die Hochschulsonderprogramme von 2,3 Mrd. DM (1995) auf 2,0 Mrd. DM im Jahr 2000 fort. Der Bundesrat hält demgegenüber zumindest eine Anhebung der Hochschulbaumittel entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für erforderlich. Er bedauert, daß der Bund dies in den vergangenen Jahren stets abgelehnt hat.

13. Der Bundesrat unterstützt die von der Bundesregierung angestrebte stärkere Vernetzung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung. Hierdurch darf allerdings das bewährte System der Grundlagenforschung in der Bundesrepublik nicht gefährdet werden. Angesichts der grundsätzlichen Offenheit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung bleibt die Grundlagenforschung die Basis wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns und damit der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung. Der Bundesrat bekräftigt seine Bereitschaft, gemeinsam mit dem Bund auch in Zukunft für ein ausgewogenes Verhältnis von Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung zu sorgen.
14. Der Bundesbericht Forschung stellt fest, daß die Bedeutung der von Unternehmen und Freien Berufen erbrachten Dienstleistungen kontinuierlich steigt. Sie sind bereits heute mit 1,4 Mrd. DM an den FuE-Aufwendungen der Wirtschaft beteiligt. Das bedeutet gegenüber 1991 eine Steigerung um 44 %. Der Bundesrat vermißt in dem Bericht Angaben über den Forschungsbedarf und darüber, auf welche Weise die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungssektors stärken will. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, in künftigen Berichten die Angaben über die FuE-Ausgaben und das FuE-Personal im Dienstleistungssektor (Wirtschaftsabteilungen 4-8) einzeln auszuweisen.

...

15. Der Bundesrat begrüßt die Aufnahme der Berichterstattung über Frauen in der Forschung. Er unterstreicht die Auffassung der Bundesregierung, daß es auch in Deutschland gelingen muß, eingefahrene Strukturen und einengende Vorstellungen zu überwinden. Der Bundesrat stellt jedoch fest, daß Vorschläge zur Änderung und Verbesserung der Situation von der Bundesregierung nicht gemacht werden. Er regt an, diesen Bereich in der weiteren Berichterstattung mit konkreten Angaben zu belegen.
16. Der Bundesrat erkennt an, daß die Berichterstattung über die räumliche Verteilung des FuE-Potentials in der Bundesrepublik Deutschland weiter ausgebaut worden ist. Der Bundesrat wiederholt seine Bitte aus seiner Stellungnahme vom 26. November 1993 - BR-Drs. 490/93 (Beschluß) -, die ESA-Rückflüsse in ihrer regionalen Aufteilung nach Ländern in die Aufstellung mit einzubeziehen.
17. Die Regionaldaten des Bundesberichts Forschung 1996 zeigen, daß innerhalb der deutschen Forschungslandschaft erhebliche räumliche Disparitäten bestehen. Der Bundesrat bekräftigt seine Forderung, daß bei deren Fortentwicklung und bei der Vergabe von Fördermitteln der Gesichtspunkt der regionalen Ausgewogenheit durch die Bundesregierung mit zu berücksichtigen ist. Dies gilt insbesondere für Neugründungen von Forschungseinrichtungen und für die Förderung von FuE-Vorhaben, die auf eine Verbesserung des innovativen Potentials in benachteiligten, strukturschwachen Räumen zielen.
18. Insbesondere kann im Bereich der industrienahen FuE-Kapazitäten festgestellt werden, daß die Forschungsaktivitäten der Wirtschaft in den neuen Ländern keine wesentliche Bedeutung mehr haben. Im Bundesbericht Forschung 1996 fehlen Hinweise dazu, wie die Bundesregierung gedenkt, dieser Fehlentwicklung entgegenzuwirken.
19. Der Bundesrat bedauert, daß die Bundesregierung der Bitte des Bundesrates, die Höhe der zukünftigen Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung zu präzisieren, abermals nicht nachgekommen ist. Der Bundesrat hält gleichwohl an dieser Forderung fest, da Wissenschaft und Wirtschaft sowie staatliche Planungsträger auf verlässliche Eckdaten als Grundlage für die Planung kontinuierlicher Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten angewiesen sind.